Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 4.25 Mk., vierteljährl. 24.75 M.k. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 96. Halle, Sonnabend den 26. Februar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Der amerikanische Friede.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat die Entschließung Knox, das ist der Entwurf der amerikanischen Friedenserklärung, in erster Lesung angenommen.

Damit sind dem Entschluß, den Friedenszustand zwischen Deutschland und Amerika wieder herzustellen, von der einen Seite die Hindernisse aus dem Wege geräumt. Der Widerstand des Präsidenten Wilson entfällt mit dem Aemterwechsel am 4. März; die Volksvertretung hat den Vorschlag Knox sich zu eigen gemacht, und an der Zustimmung des neuen Präsidenten Harding ist nicht zu zweifeln.

Dennoch ist die Friedensentschließung nicht mehr als ein, zudem einseitiger, Entwurf, der nur mit dem Willen Deutschlands die Wirkungen, nur mit dem Einverständnis anderer Mächte die volle Gültigkeit eines Vertrages erlangen kann. Keinesfalls ist die Zustimmung Deutschlands nur Formsache. Wir geben uns über den Machtunterschied, der den Vereinigten Staaten erlaubt, das Deutsche Reich nach Gutdünken als Feind oder als Zugelassenen zu behandeln, gewiß keiner Täuschung hin. Auch kennen wir die besondere amerikanische Auffassung, die schon vor vier Jahren den Präsidenten veranlaßte, den Krieg nicht ausdrücklich „zu erklären", sondern auf Grund gewisser deutscher Kampfhandlungen das tatsächliche Bestehen eines Kriegszustandes festzustellen. Eigentliche Bündnisse der Vereinigten Staaten mit den gegen Deutschland kämpfenden Ländern sind denn auch nicht geschlossen worden. Nach amerikanischer Auffassung kann somit der Krieg als eine aktive Form der Abwehr, auch durch einfache Feststellung eines Tatbestandes beendigt werden, und der Friedensbeschluß ist das Gegenstück nicht zu einer Kriegserklärung, sondern zu dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 1. Februar 1917. Von diesem Standpunkt aus hat die Senatsmehrheit, obwohl sie Wilson bekämpfte, eigentlich ganz folgerichtig im Sinne des Präsidenten gehandelt, als sie sich weigerte, den Friedensvertrag von Versailles zu bestätigen; denn ein Krieg, der staatsrechtlich gar kein Krieg ist, bedarf auch keines Vertrages, um beendet zu sein.

Die Möglichkeit, die rein gegenständliche Auffassung durchzusetzen, hat aber die amerikanische Politik sich selbst verbaut, und zwar nach zwei Seiten hin: Durch das Verhalten Wilsons während des Krieges und durch den Inhalt des Knoxschen Friedensentwurfes. Beide Tatsachen schaffen einen unauflöslichen Zusammenhang des amerikanischen Friedens mit dem Versailler Vertrag. Wilson war der Mitschöpfer dieses Vertrages, und wenn nichts anderes, so hat er doch die Einfügung des Völkerbundsstatutes in den Vertrag erreicht. Die Vereinigten Staaten gehören noch heute zu den Besetzungsmächten, sie haben sich, wenn auch unter Vorbehalten, „Mandate" erteilen lassen. Die Union stützt, mit einem Wort, den Versailler Vertrag, wie sie sich auf ihn stützt; sie kann ihn nicht ohne weiteres als nicht vorhanden betrachten.

Die Entschließung Knox erkennt das auch ausdrücklich an; denn ihr zweiter Abschnitt verlangt, daß Deutschland den Vereinigten Staaten „sämtliche Rechte und Vorzüge einräumt, welche andere Mächte und Staaten auf Grund des Versailler Abkommens erhalten."

Hier ist zum mindesten eine staatsrechtliche Seltsamkeit. Wenn die Vereinigten Staaten es ablehnen, den Versailler Vertrag zu bestätigen: Wie können ihnen dann Rechte aus diesem Vertrage zustehen? Wenden sie aber dagegen ein, daß diese Rechte nicht auf Grund, sondern nur gleichsam nach dem Vorbild des Vertrages in Anspruch genommen werden, daß also die Union durch ihr Sonderabkommen mit Deutschland nur nicht schlechter gestellt sein will als andere Mächte: So ist dem entgegenzuhalten, daß eine Macht sich nicht gut ausdrücklich auf einen Vertrag berufen kann, ohne auch die aus ihm folgenden Verpflichtungen anzuerkennen. Mindestens hätte dann eine andere Form, die eines Versailles gar nicht erwähnenden Sondervertrages gewählt werden müssen.

Betrachten die Vereinigten Staaten den Versailler Vertrag als für sie nicht bindend, so gibt es sinngemäß für sie nur zwei Möglichkeiten. Entweder man hat nur tatsächlich nicht im Sinne einer Rechtsauflösung Krieg geführt; dann stellt der Friedenszustand die Gegenseitigkeiten der Vorkriegszeit einfach wieder her. Oder man trägt den ungeheuren Veränderungen Rechnung und schließt einen den neuen Tatsachen angepaßten Vertrag. Auf einen solchen wird Deutschland dringen müssen, will es nicht in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten alle Nachteile des Versailler Vertrages auf sich nehmen, ohne sich seiner spärlichen Vorteile bedienen zu dürfen.

Zur Orientkonferenz.

Aus den Kreisen der „Deutschen Nation" wird uns geschrieben:

„In London verhandelt England, Frankreich, Italien mit Türken und Griechen über den Orient. Die deutsche Oeffentlichkeit, durch die Reparationsfrage in Anspruch genommen, unterschätzt die Bedeutung dieser Orientkonferenz. Zu Unrecht! Orient und Reparationskonferenz sind nicht zu trennen. Was auf der einen gedeiht, wirkt auf die andere zurück. Den Türken ist dank des heroischen Widerstandes in Kleinasien zuerst der Nachweis gelungen, daß der sie betreffende Friedensvertrag unhaltbar ist. Die Griechen versichern zwar, der Türken Herr werden zu können, sofern sie nur von Paris und London die nötige, insbesondere finanzielle Unterstützung erhalten. Die Alliierten zweifeln und der zu führende Krieg ist teuer. Den Vertrag von Sevres revidieren? Die Türken im Bewußtsein ihrer Stärke sind anspruchsvoll. Es wäre der erste der Verträge, der an seiner Undurchführbarkeit zusammenbräche. Die These von der Güte und Dauer der neuen Weltordnung käme ins Wanken, und schließlich könnten allzu große Erfolge der Türken den Deutschen zeigen, daß heute auch die Macht der Gewaltigen in Paris und London begrenzt ist. Man wird also wohl, da man sich nicht entscheiden kann, die Entscheidung vertagen. Oder man wird beschließen, es noch einmal mit finanzieller Unterstützung der Griechen zu versuchen.

Man ist nicht einig. Man war oftmals nicht einig, und hat sich immer wieder leicht geeinigt — und immer auf unsere Kosten. Frankreich ist es mehr um die deutschen Milliarden, England mehr um den Orient zu tun. Was ist natürlicher, als daß der eine da, der andere dort ein Stück entgegenkommt. Lloyd George hat in Paris zuerst den wilden Mann gespielt, um dann umzufallen. — Auf der Orientkonferenz wird, wenn es noch nötig sein sollte, Herr Briand dieselbe Rolle übernehmen. Da die Griechen Geld haben wollen, ist es ja leicht, die beiden Fragen zu verquicken. Dann ist eben ein Grund mehr da, daß die Deutschen bezahlen müssen.

Aber alle diese Konferenzen und Kompromisse können an der Tatsache nichts ändern, die jede Phase der Entwicklung der Orient- wie der Reparationsfrage der geduldigen Menschheit immer deutlicher enthüllt: die jetzige Weltregierung, der Oberste Rat der Alliierten ist außerstande, irgendeine Frage zu lösen, weil die neue Weltordnung und ihre Grundlage die Friedensverträge, an der er festhält, innerlich unhaltbar und längst durch die stärkere aber stillere Macht der Verhältnisse unterwühlt ist. Die Mächte versteifen sich darauf, in diesen, wie in anderen Fragen — man denke nur an Deutsch-Oesterreich und an Polen — die Realitäten zu ignorieren. Aber schließlich wird England Mustapha Kemal, Frankreich die Grenzen der deutschen Zahlungsfähigkeit anerkennen müssen. Wir hoffen, daß ein freilich langer Weg von Konferenzen schließlich doch zu dieser Einsicht führen wird. Wir wollen das Unsere dazu beitragen! Dann erst wird Europa anfangen, gesunden zu können.

Nach dem „Havas"-Bericht unterwarf sich gestern in der Vormittagssitzung der Londoner Konferenz Bekir Sami Bey der Entscheidung des Untersuchungsausschusses. Nach dem Weggang der türkischen Abordnung wurde die griechische angehört. In Konferenzkreisen hofft man, daß auch die griechische sich der Entscheidung der Kommission unterwerfen werde.

Nach dem amtlichen Londoner Bericht aber die gestrige Nachmittagssitzung gab Bekir Sami Bey zu verstehen, daß die türkische Abordnung keine ausreichende Vollmacht besitze, um ohne Bericht nach Ango verschiedene Teile des Vertrages von Sevres anzuerkennen, die die wirtschaftliche Lage des Landes angehen. Er sei entschlossen, dies schleunigst zu tun, um vor Montag nachmittag eine Antwort zu erhalten. Die Konferenz erklärte sich mit dieser Frist einverstanden. Heute, am Sonnabend, werden um 11½ Uhr vormittags die Angelegenheiten von Armenien und Turkestan mit der türkischen Abordnung im Auswärtigen Amt besprochen werden. Die armenischen Vertreter werden eingeladen, ihren Standpunkt um 11 Uhr vormittags zu entwickeln.

Die deutschen Gegenvorschläge.

Die Parteiführer im Reichstag sind heute, Sonnabend, 11 Uhr in der Reichskanzlei zusammen, um den Inhalt der deutschen Denkschrift für London mit den Gegenvorschlägen der deutschen Sachverständigen, welche die Reichsregierung gebilligt hat, zur Kenntnis zu nehmen. Nachdem sich die Sachverständigen gestern einheitlich mit den vom Reichskabinett beschlossenen Richtlinien für die deutschen Gegenvorschlägen einverstanden erklärt haben, dürften auch die Parteiführer keine wesentlichen Einwendungen mehr erheben. Der Inhalt der Denkschrift und die Gegenvorschläge werden in der deutschen Presse erst veröffentlicht werden, wenn sie der Londoner Konferenz offiziell unterbreitet worden sind.

Wie Briand denkt.

Briand erklärte einem Vertreter des Reuterschen Büros, nachdem er sich über den bisherigen Verlauf der Konferenz und über die englisch-französische Beziehungen in zuversichtlicher Weise geäußert hatte, über die Reparationsfrage: Bevor diese Frage nicht geregelt ist, wird in der ganzen Welt Unruhe herrschen. Ueber die Gerechtigkeit der französischen Forderungen kann ein Zweifel nicht herrschen. Es ist für einen Schuldner ganz üblich, zu erklären, er sei nicht in der Lage zu zahlen. Wir sind gekommen, um Deutschlands Gegenvorschläge anzuhören. Frankreich hat in dem in Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war. Es ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde. Wenn Deutschland nichts in seiner Börse hat, so soll es sie öffnen, damit wir selbst nachsehen können. Will Deutschland dies nicht tun, dann müssen wir aber die Börse mit Gewalt öffnen.

Gegen die Versklavung Deutschlands

hat jetzt auch der Internationale Gewerkschaftsbund von Amsterdam aus ein Protesttelegramm an Lloyd George gerichtet, weil die Pariser Forderungen die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den Wiederaufbau verhindern, den Haß verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Foch, der schwarze Mann.

Nach einem „Havas"-Bericht hat die Londoner Konferenz beschlossen, den Marschall Foch anzuhören. Aus diesem Grunde telegraphierte Briand dem Marschall, sofort nach London zu kommen. Havas glaubt diese Aufforderung dem Wunsch der Alliierten zuschreiben zu müssen, für jede Möglichkeit gerüstet zu sein.

Die Notlage der Eisenbahn.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute der Etat des Reichsverkehrsministeriums für 1920 und gleichzeitig für 1921 behandelt. Der Staatssekretär Stieler führte aus, daß ein Gleichgewicht im Haushalt nur durch Erhöhung der Tarife erzielt werden könne; der Güterverkehr solle 9 Milliarden, der Personenverkehr 1 Milliarde mehr herausholen. Die Erhöhung für den Güterverkehr solle am 1. April, für den Personenverkehr aber am 1. Juni in Kraft treten. Die Erhöhung der Gütertarife solle 65 Proz. betragen, aber nach der Tragfähigkeit der Güter abgestuft werden. Für den Personenverkehr sei eine 25prozentige Erhöhung vorgesehen; das bedeute, daß der Kilometer in der dritten Klasse von 3 Pfennig im Frieden auf 19,5 Pfennig, für die zweite von 4½ auf 32,5 Pfennig steige. Trotz dieser Erhöhungen würde ein Defizit von 6 Milliarden übrig bleiben. Erfreulich war die Mitteilung des Regierungsvertreters, daß eine Erleichterung des Paßzwanges für die Durchfahrt durch den Korridor nach Ostpreußen eingetreten sei. In der Debatte zeigten sich der deutschnationale Vertreter und der Volksparteiler Quatz ganz besonders unsozial. Sie wandten sich dagegen, daß die Preise der ersten Klasse zu sehr erhöht würden, die Zeit- und Monatskarten seien viel zu billig, die Monatsnebenkarten müßten abgeschafft werden, überhaupt sei die Belastung des Personenverkehrs gegenüber dem Güterverkehr sehr gering. Diesen Ausführungen traten die Demokraten Wieland und Schuldt entgegen. Wieland wies auch darauf hin, daß die Tariferhöhung im Augenblick des Konjunkturniederganges besonders schwer ins Gewicht falle und namentlich in dem schon jetzt unter fürchterlichem Kohlenmangel leidenden Süddeutschland sehr bedenklich seien. Die Möglichkeit von Tarifherabsetzungen im gegebenen Falle müsse im Auge behalten werden. Schuldt wies darauf hin, daß es die vornehmste Ausgabe sein müsse, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Wer erhöhte Leistungen der Eisenbahn für sich in Anspruch nehme, müsse auch die entsprechenden Zahlungen leisten. Eine Erhöhung der Militärjahrkarten und der Hundekarten sowie eine Ermäßigung für Jugendkarten sei erforderlich. Monatskarten seien namentlich auch für Angestellte und Beamte von großer Bedeutung. Die Beratung wurde dann auf Sonnabend vertagt.

Dunkle Machenschaften.

Mit Recht ist es aufgefallen, daß zuerst die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ von Stinnes, und dann der Reichsminister Dr. Simons eindringlich und öffentlich vor politischen Abenteuern gewarnt haben, und daß es sogar Herr Eischerich für notwendig befindet, in einem Rundschreiben an seine Organisationsleiter zu versichern, er werde seinen Einfluß dahin geltend machen, daß nicht unbesonnene kurzsichtige Phantasten durch unüberlegte Handlungen eine Lage herbeiführten, die der Gesamtheit unermeßlichen Schaden zufügen würde. Es kann danach keinem Zweifel unterliegen, daß unverantwortliche Kräfte wieder einmal am Werke sind, um im Notfall durch Gewalttaten das Vaterland auf ihre Art zu retten. Wie wir hören, beziehen sich die genannten Warnungen auf den Vorschlag des Korvettenkapitäns Ehrhardt, unrühmlich aus der Zeit des Kapp-Putsches bekannt, der Herrn Stinnes und später auch General Ludendorff wissen ließ, daß er bereit sei, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, falls sie bei den Verhandlungen in London „versage". Stinnes wie Ludendorff haben den Vorschlag abgelehnt und die Reichsregierung in Kenntnis gesetzt. Selbstverständlich hat diese das größte Gewicht darauf gelegt, daß ihre Verhandlungen in London nicht durch verbrecherische Rechtsputsche in Deutschland gestört werden. Zu verwundern ist nur, daß Herr Ehrhardt aus dem traurigen Verlauf des Kapp-Putsches immer noch nichts gelernt hat. Der Deutschnationale bayerische Justizminister Dr. Roth, bei dem Herr Ehrhardt zwar kein Amt, aber immerhin doch Wohnung und Unterkunft gefunden hat, scheint also auf die politische Belehrung und Erziehung seines von einem Haftbefehl immer noch verfolgten Schützlings nicht das nötige Gewicht gelegt zu haben. Aber vielleicht zieht die Reichsregierung aus dem Vorfall nun endlich den Schluß, die Verfolgung derartiger verbrecherischer Elemente etwas energischer als bisher zu betreiben.

Die Putschgerüchte.

Zu der Meldung eines Münchener Blattes, wonach der Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt an Stinnes mit dem Anerbieten herangetreten sei, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, falls sie bei den Verhandlungen in London versagt, ist die „D. A. Z." ermächtigt zu erklären, daß Stinnes den Kapitän Ehrhardt weder persönlich kennt noch jemals mittelbar oder unmittelbar mit ihm in Verbindung gestanden hat.

Die Warnung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vor Putschen glaubt der „Vorwärts" auf folgenden Vorfall zurückführen zu können. Vor kurzem habe in der Diele des Weinrestaurants Traube ein Bankett von etwa 60 Industriellen stattgefunden, dem Ludendorff präsidiert habe. Es seien dort sehr eingehend die Chancen der Reaktion und Gegenrevolution erörtert worden. Unter den Industriellen habe sich auch eine Stinnes sehr nahestehende Person befunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210226030/fragment/page=0001

Eine Erklärung demokratischer Kirchenfreunde.

Der Reichsausschuß demokratischer Kirchenfreunde erläßt folgende Erklärung: Die jüngsten Kirchenwahlen haben sich vielerwärts unter dem Druck politischer Losungen vollzogen. Wir innerhalb der Deutschen demokratischen Partei organisierten Kirchenfreunde erheben dagegen ausdrücklichen Widerspruch. So erfreulich es ist, wenn die alten theologischen Richtungsgegensätze unter der Not und Reife der Zeit zurücktreten, so verhängnisvoll dünkt es uns für die Kirche, wenn auf ihrem Gebiete außerreligiöse Gegensätze Geltung und Gefolgschaft beanspruchen. Es genügt nicht, wenn Synoden gelegentlich die Neutralität der Kirche gegenüber dem politischen Parteien verkündigen. Es ist zu fordern, daß dieser Verkündigung auch das tatsächliche Verhalten der Kirche entspreche. Das kirchliche Gemeindeleben selbst muß vor politischer Zwietracht behütet und jedem, der irgend kirchenwillig ist, das Heimatrecht in der Volkskirche gewährt werden. Unterzeichnet ist der Aufruf von dem Landtagsabgeordneten Berndt, der Reichstagsabgg. Frau Lüders, Frau Agnes v. Zahn-Harnack, Frau Herta Harries, Prof. Rade, den Pfarrern Graue, Koch, den Studienräten Frau Großmann und Schärmer und Frau Martin, Prof. Hildebrandt, Direktor Schessen, Regierungsrat Barrentrapp, Landrat Willigmann.

Aussperrung auf der Vulkanwerft.

Nach einer Blättermeldung aus Stettin ist am Freitag die Vulkanwerft geschlossen und die ganze Arbeiterschaft ausgesperrt worden. Der Grund zu dieser Maßnahme ist die passive Resistenz der Schiffsbauer, die sich gegen die Ernennung eines Vorarbeiters zum Meister richtete, der dem Hirsch-Dunckerschen Verbande angehört. Es kam wegen dieses Vorfalles wiederholt zu Schlägereien. Die Werft bleibt bis zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse geschlossen.

Deutsches Reich.

Der demokratische Reichstagsabg. Regierungspräsident Pohlmann aus Magdeburg wurde vom Reichsgericht zum stellvertretenden Mitglied des neuerrichteten Staatsgerichtshofes gewählt.

Die Hebung der Wohnungsnot. Im Wohnungsausschuß wurde ein Antrag des Demokraten Bahr verhandelt, der sich im wesentlichen auf den Boden des Regierungsentwurfs stellt. Bahr verlangt, daß nicht nur die Verpflichtung der Länder für 1920/22 je 30 Mark pro Jahr und Kopf der Bevölkerung für Wohnungszwecke aufzubringen eingehalten werden, sondern daß auch Sicherungen der Baukostenzuschüsse für die errichteten Wohnungen, die sich im Besitz von Körperschaften oder Organisationen befinden, gegeben werden. Ferner sollen Maßnahmen getroffen werden, die den Privateigentümern die Verwendung der Wohnungen zu Privatspekulation unterbinden.

Die verdrängten Deutschen. Im Ausschuß für Entschädigungsgesetze bemühte man sich gestern, einen Weg zu finden, um den Begriff der „dringenden Abwanderung" zu begrenzen. Es handelt sich dabei darum, nicht zu unnützen Abwanderungen aus dem Osten zu verlocken und andererseits den Betriebenen, wie z. B. den meisten Elsaß-Lothringern, zum Rechte zu verhelfen. Angenommen wurde ein Antrag des Demokraten Dietrich, daß nur dann eine Entschädigung zuerkannt wird, wenn eine zwingende Veranlassung zum Verlassen des Landes gegeben war.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat der Ernennung des Herrn Tillensen zum deutschen Postkontrolleur die Bestätigung verweigert, weil er als ehemaliger Offizier der Sicherheitspolizei angeblich keine genügenden Garantien für die Sicherung der Besatzungstruppen biete. Die Interalliierte Kommission hat die Vorführung von Filmen in zwei Sprachen angeordnet, um den Besatzungstruppen die Teilnahme an den kinematographischen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Die Wohnungsrequisitionen der Franzosen in Wiesbaden gehen ins Ungeheuerliche. So haben sie wiederum gefordert, daß ihnen innerhalb dreier Tage 50 Wohnungen bereit gestellt werden, darunter einige 7 bis 8 Zimmerwohnungen.

Pistolenforderung an Redakteure. Der Breslauer Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde, der kürzlich in einer Wahlrede in Schweidnitz die Presse als „feile Dirne" bezeichnete, die für Geld für alles zu haben sei, wogegen der Reichsverband der deutschen Presse aufs schärfste protestierte, forderte nunmehr den Chefredakteur der „Breslauer Morgenzeitung", Hintze, und den verantwortlichen Redakteur der „Breslauer Zeitung", Dr. Langenstraßen, die ebensalls gegen jene Beschimpfungen Stellung genommen hatten, auf Pistolen.

„Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr", so lautet der erste Satz des § 1 des Wehrgesetzes, wie er im Ausschuß gestern beschlossen wurde und zwar mit 15 Stimmen gegen 5 Stimmen der Deutschnationalen und der Volksparteiler. Daß die Deutschnationalen dieser Formulierung, die allerdings in einer Republik selbstverständlich ist, widersprachen, kann nicht Wunder nehmen. Merkwürdigerweise benutzten aber auch die Volksparteiler, obwohl Regierungspartei, die Gelegenheit, zu einer monarchistischen Demonstration. Sie erklärten, alle Volksparteiler seien Monarchisten, sie könnten daher der Formulierung, in der das Wort Republik stände, nicht zustimmen. Die demokratischen Abg. Heile und Dr. Haas wiesen mit Recht darauf hin, daß man früher von einer Königlich-preußischen Armee gesprochen habe, jetzt käme dasselbe bei der Wehrmacht der deutschen Republik in Frage. Damit war das Zwischenspiel erledigt.

Auslands-Rundschau.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines tschecho-slovakisch-rumänischen Handelsvertrages sind gestern nach fünfwöchiger Dauer beendet und der Vertrag ist vorläufig von den Vertretern beider Staaten unterzeichnet worden.

Die bevorstehende Erklärung Triests zum Freihafen ist eine Folge der Schaffung des unabhängigen Fiume-Staates, das Triests vorkriegszeitliche Bedeutung als Handelshafen sich infolge der Konkurrenz des Freihafens Fiume auf die Dauer nicht hätte behaupten lassen. Wie der „Secolo" aus guter Quelle erfährt, werden in das Gebiet des künftigen Triester Freihafens die Industriezone von Servola und Muggia sowie die Eisenbahnknotenpunkte Prosseccco und Nabresina einbezogen werden. Im ganzen wird sich das Triester Freihafengebiet nordwestlich etwa bis nach Monfalcone hinauf ausdehnen.

Provinzial-Nachrichten.

× **Zwintschöna**, 25. Febr. (Landbeamtenbund.) Am letzten Montag versammelten sich die Landbeamten der Ortschaften Zwintschöna, Kleinfuge, Dessau, Bruchdorf, Canena, Büschdorf und Reideburg und schlossen sich zu einer Ortsgruppe des Landbeamtenbundes zusammen. Es wurde in der Versammlung ausgeführt: Die Notlage der Beamten auf dem Lande zwinge zu festem Zusammenschluß. Immer wieder würden sie in ihren Bezügen hintenangesetzt, und die Gehaltsunterschiede zwischen Stadt und Land werden mit jeder neuen Teuerungszulage größer. Fester Zusammenschluß zum Zwecke der Beseitigung der Staffelung in der Besoldung bis zur völligen Gleichstellung aller Beamten sei das Ziel.

Zeitz, 24. Febr. (Grundschule.) Der Magistrat hat die Beratung über die Grundschule fortgesetzt und ihre Einrichtung für Ostern 1921 beschlossen.

Dessau, 24. Febr. (Deutsche Flugzeuge in den Vereinigten Staaten.) Auf eine im amerikanischen Kongreß gestellte Frage hat der Generalpostmeister Burleson an das Kongreßmitglied Black brieflich die Bestätigung gerichtet, daß das Postdepartement im Jahre 1920 amerikanische Flugzeuge erworben habe, die zur Postbeförderung zwischen New York—Chikago—Omaha und New York—San Franzisto verwendet würden. Die Indienststellung dieser Flugzeuge bedeute einen tüchtigen Schritt vorwärts im Postflugwesen Amerikas, da sie mit eine Gallone Brennstoff eine Strecke von über 5 Meilen zurücklegen könnten, während der übliche Verbrauch der anderen im Luftpostdienste befindlichen Flugzeuge 1 Gallone für etwa 2,5 Meilen sei. Die Betriebskosten stellten sich insgesamt um etwa 30 Proz., die Instandsetzungskosten um etwa 50 Proz. niedriger als bei den amerikanischen Fabrikaten. Außerdem hätten die deutschen Flugzeuge einen um mindestens 50 Proz. größeren Flugradius und könnten etwa zweieinhalbmal so viel Postsachen aufnehmen als die amerikanischen.

Annaberg, 25. Febr. (Ein schweres Bobsleighunglück) ereignete sich am Ende der Pöhlberg-Rodelbahn bei Annaberg. Ein mit 6 Personen besetzter Bobsleigh war nach Mitternacht vom Berge abgefahren und hatte die stark vereiste Fahrstraße benutzt. Die ganze Fahrt ging in rasendem Tempo von statten. Gegen Ende der Bahn fuhr der schwere Rennschlitten gegen einen Baum. Von sechs Mitfahrern, jungen Damen und Herren aus Annaberg und Frohnau wurden 2 Mädchen und ein junger Mann sehr schwer verletzt.

Vermischtes.

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat sich neuerdings mit Prinzessin Antonie von Luxemburg, der 22jährigen vierten Tochter des verstorbenen Großherzogs Wilhelm von Luxemburg, verlobt. Bekanntlich hatte der Kronprinz nach der Revolution in Anbetracht der veränderten Verhältnisse seine damalige Braut gebeten, ihr Wort zurückzunehmen.

Elektrische Ausstellung in Essen a. d. Ruhr. Der Schluß der Anmeldefrist für die Elektrische Ausstellung in Essen ist bis zum 28. Februar verlängert worden. Die bisher eingelaufenen Anmeldungen lassen erkennen, daß die Ausstellung nicht nur für die Fachwelt, sondern auch für das breite Publikum eine Sehenswürdigkeit hervorragenden Ranges werden wird.

Für eine Riesenpappel aus den Mindener städtischen Anlagen, die zum Verkauf gestellt war, wurde die stattliche Summe von 11 980 Mark erzielt.

Eine neue chilenische Heimatspende. In Concepcion ansässige Deutsche haben durch Sammlung rund 200 000 Mark aufgebracht, die zur Unterstützung notleidender und erholungsbedürftiger deutscher Kinder des Mittelstandes oder anderer durch den Krieg und seine Folgen in Not geratener Familien verwendet werden sollen. Von dieser Summe soll u. a. das Charlottenburger Jugendamt 17 000 Mark zur Verteilung erhalten.

Eine Schwatzkrankheit. Aus Chicago wird von einer merkwürdigen neuen Krankheitserscheinung gemeldet. Es handelt sich um ein achtjähriges Mädchen, das seit zehn Tagen ununterbrochen, auch im Schlafe spricht. Der Fall hat unter der Aerztewelt großes Aufsehen erregt, und man will jetzt versuchen, das Kind durch Hypnose wieder in Ordnung zu bringen.

Das moralische Kleid. Die Geistlichkeit von Philadelphia hat sich eingehend mit der Sittlichkeit oder Unsittlichkeit der neuesten Moden beschäftigt, und nach langen Verhandlungen hat man schließlich eine Norm für das moralische Kleid aufgestellt, die für die Frauenwelt der Stadt gültig sein soll. Danach darf der Saum des Rockes nicht mehr als 7½ Zoll vom Boden entfernt sein. Der obere Teil des moralischen Kleides darf vom Nacken nicht tiefer als drei Zoll herabgehen. Dann wird gefordert, daß das Kleid an keiner Stelle allzu anliegend ist und daß es nicht aus durchsichtigem Stoff besteht. Eine junge Dame rief, als sie dieses Kleidergebot hörte, entsetzt aus: „Aber bei so einem Kleid bleiben uns armen Frauen ja nichts mehr als die Augen!"

Die verräterischen seidenen Beinkleider. Vor dem Gerichtshof für Ehescheidungen in London klagte dieser Tage die Frau eines Offiziers, des Kapitäns E. M. Gunning, gegen

FORMAN
gegen Schnupfen

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Sonntag, 27. Februar 1921. Inhalt: Flammen. Roman von Hans Schulze. — Auch ein Sitzungsergebnis. Von Schellenmoritz. — Wußten Sie schon? Von Professor Ypsilon. — Sportausausflug. Von Richard Riesz. — Vier Anekdoten von Roda Roda. — Bunte Zeitung. — Rätsel.

Die Suche nach Theaterleitern.

Noch nie war in Deutschland eine so große Nachfrage nach Theaterleitern wie gegenwärtig. Die Umwälzungen im politischen Leben konnten auch am Theaterbetrieb nicht spurlos vorübergehen. Jahrelange, in ihrer Art durchaus brauchbare und erfahrene Theaterdirektoren waren gezwungen, ihr Amt niederzulegen, da sie mit ihrer Künstlerschaft nicht mehr zusammenarbeiten konnten. Andere wieder begriffen den Geist der neuen Zeit in der Kunst nicht und mußten gehen. Dazu kommen die finanziellen Schwierigkeiten der Städte, die es notwendig machen, trotz der immer höher werdenden Gegenansprüche der Schauspieler, Sänger und Musiker die Zuschüsse für die Kunstinstitute auf das Aeußerste einzuschränken. Die neuen Theaterleiter sollen daher nicht nur vorzügliche Bühnenfachverständige sein, sondern sie müssen sich auch als tüchtige Geschäftsleute erwiesen haben. Mehr wie je wird es in Zukunft darauf ankommen, Kunst und Geschäft zu vereinigen.

Aus diesen Gründen sucht man zurzeit für eine Reihe deutscher Bühnen neue Leiter. Die Städte geben sich die größte Mühe, tüchtige Theaterfachleute zur Leitung ihrer Bühnen zu gewinnen, haben aber bisher nicht immer Erfolg gehabt. Zurzeit sind die Intendantenstellen neu zu besetzen: für das ehemalige Staatstheater in Hannover, für das Nationaltheater in Mannheim, für die Stadttheater in Aachen, Barmen-Elberfeld, Krefeld, Freiburg und Hagen. In Hannover sind die Verhandlungen dem Abschluß nahe. Aller Voraussicht nach wird, nachdem sich die Verhandlungen mit dem Leiter des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg Dr. Paul Eger zerschlagen haben, ein als ausgezeichneter Verwaltungsbeamter bewährter Theaterfachmann berufen werden, dem als künstlerische Berater die seitherigen Opern- und Schauspieldirektoren Kapellmeister Dr. Lert, Opernregisseur Hofmiller und Schauspielregisseur Dr. Rönnefe zur Seite gestellt werden. Die Leitung des Mannheimer Nationaltheaters hat, nachdem es der zum Nachfolger Hagemanns ausersehene Intendant Dr. Saladin Schmidt vorzog, in Bochum, das künftig mit Duisburg vereinigt wird, zu bleiben, interimistisch der frühere Darmstädter Intendant Dr. Kretzer übernommen. Ob er dauernd in Mannheim bleiben wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls ist der Mannheimer Intendantenposten in den Theaterfachblättern ausgeschrieben. Man spricht davon, daß Intendant Gustav Hartung in Darmstadt bald nach Mannheim übersiedeln wird. Für den Posten des Aachener Stadttheaterdirektors sind etwa 30 Bewerbungen eingegangen. 15 Herren wurden zur engeren Wahl gestellt. Von diesen wiederum sollen Direktor Sioli in Halberstadt, der sich durch seine gelungenen Uraufführungen einen Namen machte, und Direktor Otto Ockert in Münster in Westfalen, der sich in Colmar, Barmen und Rostock als zielbewußter Theaterleiter und findiger Entdecker von Talenten erwiesen hat, die besten Aussichten besitzen. Die Leitung der vereinigten Stadttheater in Barmen-Elberfeld dürfte dem bisherigen Intendanten des Karlsruher Landestheaters Stanislaus Fuchs übertragen werden. Er konnte in Karlsruhe zwar aus mancherlei Gründen keinen festen Fuß fassen, hat aber früher in Lübeck und Riga Beweise hochstrebenden Könnens gegeben. Wer für die Leitung der Theater in Freiburg und Hagen, wo die Bühnenmitglieder die bisherigen Intendanten Schwantge und Ludwig zum Rücktritt zwangen, in Frage kommt, steht noch ebensowenig fest, wie bisher überhaupt ein Beschluß gefaßt wurde, ob diese Theater künftig weiterspielen werden. In Krefeld endlich ist der langjährige, besonders als Opernfachmann sehr erfolgreiche Theaterdirektor Reinhold Pester aus Gesundheitsrücksichten gezwungen, sich in Kürze pensionieren zu lassen. Die Stadt Krefeld beabsichtigt nicht, die Stelle auszuschreiben, sondern verhandelt bereits mit mehreren gut empfohlenen Bewerbern, unter denen der Oberregisseur des Darmstädter Landestheaters Jan Heythekker an erster Stelle steht.

Durch die Besetzung der im vorstehenden angegebenen, zurzeit vakanten Theaterleiterposten dürften wieder andere Bühnen frei werden, da die meisten der in Frage kommenden Städte Wert darauf legen, in der Theaterleitung bereits erfahrene Fachmänner an die Spitze ihrer Bühnen zu stellen. Man sieht also: an Stellen für Theaterleiter ist kein Mangel. Dagegen dürfte es für manche Städte recht schwer werden, den geeigneten Mann zu finden. H. L.

Ein bemerkenswerter Haydn-Fund.

Wie uns aus Augsburg geschrieben wird, hat der Archivrat Dr. Diemand aus Wallerstein in Bayerisch-Schwaben eine für die noch immer recht unvollständige Haydn-Literatur bemerkenswerte Entdeckung gemacht nämlich drei bisher unbekannter Symphonien des frohsinnigen Meisters, die dieser dem ehemals souveränen Hofe von Wallerstein überlassen hat. Fürst Graf Ernst von Oettingen-Wallerstein, der letzte regierende Souverän seines Hauses, war ein die schönen Künste, besonders die der Musik hervorragend pflegender Fürst, der sich durch ungewöhnliche literarische und musikalische Bildung ausgezeichnete. Er hatte für die geniale Musik „Papa Haydns" eine besondere Vorliebe. Sofort nach seinem Regierungsantritt gründete der schwäbische Fürst eine Musikkapelle, die sich durch die hervorragende Güte ihrer Darbietungen und der großen Anzahl erstklassiger Fachleute bald einen ausgezeichneten Ruf über die deutschen Lande hinaus erwarb. Ueber sämtliche Neuerscheinungen der damaligen Musikliteratur ließ sich der Fürst, welcher besonders die Mannheimer und Wiener Schule besorgtzuge, durch besondere Agenten unterrichten; als der besorgtzeste der letzteren erschien Haydn. Die Korrespondenz des Fürsten mit Haydn beginnt 1781, als ihm letzterer Quartette anbot. Im Januar 1788 ließ Fürst Ernst Haydn den Antrag unterbreiten, er möchte für ihn ganz allein drei Symphonien schreiben. Erst im Oktober 1789 kam der arbeitsüberhäufte Meister zur Vollendung dieser bestellten Werke. Vorher schon hatte Fürst Ernst einige andere Werke des Meisters für 16 Dukaten erworben. Die Uraufführung der drei Symphonien, die der Fürst im alleinigen Eigentumsrecht besaß, fand im Oktober 1789 statt. Der Erfolg war herrlich und vermittelte die tiefsten Eindrücke. Die klingende Anerkennung und Dankbarkeit des Fürsten äußerte sich Haydn gegenüber in der Ueberreichung einer 34 Dukaten schweren goldenen Tabatiere mit inhaltlich 50 Dukaten Honorar. Zu seiner zweiten Vermählung erwies Haydn dem schwäbischen Fürsten eine besondere Aufmerksamkeit durch Uebermittlung von zwölf reizenden Tanzmenuetten mit den dazugehörigen Trios. Eine zweite Aufforderung des Fürsten an Haydn, der Meister möchte ihm neuerdings drei Symphonien für seinen Hof schreiben, fand infolge widriger Verhältnisse nie den gewünschten Erfolg. Gewissermaßen eine Entschädigung bot eine persönliche Zusammenkunft der beiden Männer im Schlosse des Fürsten. Ende Dezember 1790, eine Begegnung gleichsam auf der Flucht, denn Haydn reiste das erstemal nach England, das ihn wie einen Gott feierte. Sein Versprechen auf der Rückreise länger am gastlichen Fürstenhofe Wallerstein zu verweilen, konnte der Meister nicht wahrmachen. Zu Ehren des Gastes fand ein Konzert der Hofkapelle statt, über die der Meister ein glänzendes Urteil fällte. Die Beziehungen zwischen Haydn und dem Fürsten Ernst blieben andauernd herzlich. Die Korrespondenz, die u. a. vier bisher unbekannte Originalbriefe des Meisters enthält, schließt im Jahre 1798. Die Frage bleibt ungelöst, ob die drei Wallerstein-Symphonien Haydns wie auch die zwölf Tanzmenuette verschollen sind oder unter anderen Namen noch fortleben. Die erstere Annahme dürfte leider für die drei Symphonien zutreffen. K.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210226030/fragment/page=0002